Ins Bodenlose

Der Meeresspiegel steigt, Dürren häufen sich – Konflikte um Land sind vorprogrammiert. Unser Blick nach Kenia und Bangladesch im Nachgang zur COP.

Kenia

In der Region des weiteren Horns von Afrika, in der Kenia liegt, sind die Zyklen von Überschwemmungen und Dürren unberechenbarer geworden. Beide Wetterextreme nehmen infolge des Klimawandels an Häufigkeit und Umfang zu. Hinzu kommt die Ausbreitung von Wüsten. Diese Entwicklung erweist sich als zunehmend problematisch für die Ernährungssicherheit der Region, in der die Menschen überwiegend im Agrarsektor beschäftigt sind. Vor dem Hintergrund verschiedener bereits laufender gewalttätiger Konflikte in der Region führt der Klimawandel zudem zu einer weiteren Verstärkung von Sicherheitsrisiken. Weil Ressourcen knapper werden, steigert der Klimawandel die Wahrscheinlichkeit und die Dynamik von Konflikten in einer Region, in der diese leicht Grenzen überschreiten können. Beispielhaft für diese Gefahr stehen Viehhirten, die aufgrund von Überschwemmungen und Dürren gezwungen sind, vormals verfügbare Weideflächen zu verlassen, und nun mit sesshaften Bauern in einen Wettbewerb um immer knappere Ressourcen geraten.

Auch im Rahmen des Pariser Klimaschutzabkommens ist Kenia ambitioniert und plant, seine Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030 um 30 Prozent zu reduzieren.

Um diese Risiken zu verringern, hat die kenianische Regierung kürzlich in ihrer offiziellen Bewerbung für einen Sitz im UN-Sicherheitsrat von 2021 bis 2022 erklärt, dass sie im Sicherheitsrat die Suche nach nachhaltigen Lösungen für die Sicherheitsrisiken des Klimawandels vorantreiben will. Auch im Rahmen des Pariser Klimaschutzabkommens ist Kenia ambitioniert und plant, seine Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030 um 30 Prozent zu reduzieren. Derzeit produziert das Land über 70 Prozent seiner Energie aus erneuerbaren Quellen, vor

allem aus Wasserkraft. Die kenianische Zivilgesellschaft fordert, auf diesem Weg der erneuerbaren Energien zu bleiben, und setzt sich für eine Abkehr von CO2-intensiven Industrien ein. Letztendlich erfordern die Verpflichtungen aus dem Pariser Abkommen und die Arbeit an den 17 Zielen zur Agenda 2030 einen Übergang zu einem nachhaltigeren und sozial gerechteren Wirtschaftsmodell.

Deshalb steht die Debatte über den Klimawandel in Kenia auch in Zusammenhang mit einer Diskussion darüber, welche Art von Arbeitsplätzen für die wachsende Anzahl junger Arbeitskräfte geschaffen werden kann. Was global als „gerechter Übergang" (just transition) diskutiert wird, würde für Kenia eine „gerechte Schaffung" (just creation) neuer und menschenwürdiger Arbeitsplätze bedeuten, da formale Arbeitsplätze nur selten existieren. Mehr als 80 Prozent aller Kenianer arbeiten im informellen Sektor ohne Arbeitsplatzsicherheit. Da sich der Klimawandel negativ auf die Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft auswirken wird, ist mit einer weiteren Beschleunigung der Migration aus ländlichen in städtische Gebiete zu rechnen. Im Ergebnis werden mehr Menschen in die wachsenden kenianischen Städte strömen und Arbeitsplätze sowie öffentliche Güter einfordern. Somit kommt der Gestaltung der Urbanisierung in Kenia eine Schlüsselrolle bei der Anpassung an den Klimawandel zu.

Die Bereitstellung von Ressourcen zur Bewältigung des Klimawandels und seiner Auswirkungen wird zu einer Frage der Fairness.

Es ist eine Mammutaufgabe, saubere Energie auszubauen, grüne Städte zu erschaffen, die Ernährungssicherheit zu verbessern und parallel Mechanismen zu entwickeln, die einer höheren Anfälligkeit für klimabedingte Sicherheitsrisiken begegnen. Dies ist aber nicht nur eine nationale Aufgabe, sondern eine Frage der globalen Gerechtigkeit. Länder wie Kenia leiden überproportional unter den Verlusten und Schäden, die durch den CO2-Ausstoß verursacht werden, der das industrielle Wachstum und den hohen Lebensstandard in anderen Regionen erst ermöglicht hat. Folglich wird die Bereitstellung von Ressourcen zur Bewältigung des Klimawandels und seiner Auswirkungen zu einer Frage der Fairness. Dies bedeutet, dass Mechanismen zur Konfliktprävention angesichts des höheren Risikos gewaltsamer Konflikte durch die

internationale Gemeinschaft unterstützt und gleichzeitig die internationalen Bemühungen zur Anpassung an den Klimawandel in Ländern wie Kenia verstärkt werden müssen. Die internationale Bekämpfung des Klimawandels ist gleichzeitig Gewaltprävention und schafft Grundlagen für nachhaltige Entwicklung. Vor diesem Hintergrund muss die internationale Gemeinschaft die gegenüber den Entwicklungsländern eingegangenen Verpflichtungen einhalten. Diese müssen zudem über eine rein technische Unterstützung hinausgehen. Anpassung an den Klimawandel bleibt ein politischer Prozess. Daher sollte die in Artikel 12 des Pariser Abkommens vorgesehene Unterstützung von öffentlichen Beteiligungsmechanismen zu einem festeren Bestandteil der internationalen Zusammenarbeit beim Klimawandel werden. Der Klimawandel ist nicht nur eine Aufgabe von Regierungen, sondern auch für gesellschaftspolitische Organisationen. Wie die Mechanismen des Pariser Abkommens mit mehr Fairness, Vorhersehbarkeit und Transparenz verwirklicht werden können, sollte daher bei den weiteren internationalen Verhandlungen ganz oben auf der Tagesordnung stehen.

Aus Kenia berichten Henrik Maihack und Robert Muthami.

Aus dem Englischen von Marius Mühlhausen

Bangladesch

Bangladesch ist eines der Länder, die unter dem Klimawandel am stärksten zu leiden haben werden. Daher ist und bleibt er ein Thema. Das Land ist betroffen von regelmäßigen Naturkatastrophen, einer immer knapper werdenden Süßwasserversorgung und einem steigenden Meeresspiegel. In einigen Jahrzehnten drohen etwa 17 Prozent des Landes aufgrund des steigenden Meeresspiegels zu verschwinden; davon wären bis zu 42 Millionen Menschen betroffen. Damit entsteht eine neue

Herausforderung – die Klimamigration. Der Klimawandel ist daher eine eindeutige Bedrohung für das Land.

Bangladesch hat relativ früh auf den Klimawandel auf politischer Ebene reagiert. Damit ist das Land zu einem Vorbild für die Anpassung an den Klimawandel geworden. Bereits 2009 hat Bangladesch eine nationale Strategie und einen Aktionsplan ausgearbeitet, um zu ermitteln, wie sich das Land an die wachsenden Herausforderungen des Klimawandels anpassen könnte. Infolgedessen wurde eine Reihe von Maßnahmen wie die Einführung widerstandsfähiger Nutzpflanzen, der Bau von Schutzräumen und die Zusammenarbeit mit der Landbevölkerung bei einer nachhaltigeren Landwirtschaft und vermehrten Baumpflanzungen durchgeführt. Das Land steht noch vor vielen Herausforderungen, aber Bangladesch ist heute viel besser auf klimabedingte Phänomene vorbereitet als noch vor wenigen Jahrzehnten. Die Bemühungen konzentrieren sich jedoch hauptsächlich auf die Anpassung an die Symptome des Klimawandels und nicht auf die Ursachen.

2009 hat Bangladesch eine nationale Strategie ausgearbeitet, um zu ermitteln, wie sich das Land an die wachsenden Herausforderungen des Klimawandels anpassen könnte.

Leider sind die Anstrengungen zur Reduzierung der CO2-Emissionen ungenügend. Auch wenn die Emissionen pro Kopf noch sehr niedrig sind, wachsen sie rasant, da der Energiebedarf des Landes mit seinem Wirtschaftswachstum steigt und die Erdgasreserven erschöpft sind. Obwohl es Pläne für den Ausbau erneuerbarer Energien gibt, wurde bisher wenig getan, auch wegen des begrenzten Platzes für Staudämme und Solarenergie. Im Gegenteil ist geplant, in den nächsten zwei Jahrzehnten bis zu 29 Kohlekraftwerke zu bauen. Dann würden 35 Prozent der Energie des Landes aus Kohle stammen, gegenüber heute drei Prozent. Viele dieser Kohlekraftwerksprojekte werden von britischen, japanischen und chinesischen Unternehmen verfolgt, obwohl ihre eigenen Länder auf den Kohleausstieg hinarbeiten.

Obwohl der Klimawandel die Bevölkerung in Bangladesch eindeutig betrifft, hat er nicht dazu geführt, dass soziale Bewegungen Veränderungen fordern, insbesondere nicht außerhalb der Städte. Die wenigen Proteste, die es gibt, sind oft von Studenten organisiert und bringen selten mehr als ein paar hundert Menschen zusammen. Die Facebook-Gruppe Fridays for Future-Bangladesch hat nur etwa 3000 Mitglieder (in einem Land mit rund 160 Millionen Einwohnern), und Greta Thunberg ist weitgehend unbekannt. Rebeca Sabnam, eine

bangladeschisch-amerikanische Jugendliche, hat allerdings kürzlich in Bangladesch Aufmerksamkeit erregt, als sie vor Tausenden von Menschen in Manhattan im Vorfeld des COP25-Treffens eine Rede hielt. Sie sprach nicht nur über die Herausforderungen des Klimawandels, sondern auch darüber, inwiefern Frauen und Kinder stärker betroffen sind als Männer.

Die gesamte Region Südasien ist in Gefahr, da sich die Monsunmuster ändern und Gletscher schmelzen. Dennoch wird regional nicht viel getan.

Die klimabedingten Herausforderungen beschränken sich nicht nur auf Bangladesch. Die gesamte Region Südasien ist in Gefahr, da sich die Monsunmuster ändern und Gletscher schmelzen. Dennoch wird regional nicht viel getan. Die *South Asian Association for Regional Cooperation* (SAARC) hat sich als ineffektiv erwiesen; interne Gräben haben eine sinnvolle Arbeit verhindert. Ihr jüngstes Dokument zur Bekämpfung des Klimawandels ist ein Dreijahresplan von 2008. Stattdessen haben einige südasiatische Länder bilaterale Gespräche, gelegentlich auch auf nichtstaatlicher Ebene, über eine begrenzte Zusammenarbeit geführt.

Was auch immer innerhalb der SAARC und vonseiten der internationalen Gemeinschaft geschieht, Bangladesch muss sich den Folgen des Klimawandels stellen. Die wichtige Frage ist, wie mit ihnen umgegangen wird und ob das Land Unterstützung von seinen Nachbarn und dem Globalen Norden erhält. Es ist bereits extrem dicht besiedelt. Mit dem Anstieg des Meeres besteht ein großes Konfliktrisiko, da vertriebene Menschen neues Land suchen werden.

Aus Bangladesch berichtet Joseph Mechlaoui.

Aus dem Englischen von Sabine Dörfler



Henrik Maihack
Berlin

Henrik Maihack ist Leiter Sekretariat Nord-Süd-Kommission des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Zuvor leitete er das Referat Afrika der Friedrich-Ebert-Stiftung und FES Projekte in Kenia, Südsudan, Ruanda und Bangladesch.



Robert Muthami
Nairobi

Robert Muthami ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der FES in Kenia.



Josef Mechlaoui

Josef Mechlaoui ist Junior Project Officer der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bangladesch.

-